



Ausschuss für Kommunalpolitik

67. Sitzung (öffentlich)

19. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:40 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1 Perspektiven für den kommunalen Wirtschaftswegebau schaffen!	10
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos) Drucksache 16/5964	
Stellungnahme 16/1974 Stellungnahme 16/2052 Stellungnahme 16/2055 Stellungnahme 16/2058 Stellungnahme 16/2061 Stellungnahme 16/2075	
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -	

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag der CDU mit den Stimmen SPD, GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

2 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern - Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen 12

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4818

Stellungnahme 16/2047
Stellungnahme 16/2073
Stellungnahme 16/2083

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Nach kurzer Debatte lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Stimmen von CDU und PIRATEN ab.

3 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherheit der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

Ausschussprotokoll 16/319

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW)

Vorlage 16/1795
Vorlage 16/2165

Ausschussprotokoll 16/539

Und:

Überarbeiteter Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (Wohn- und Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung - WTG DVO)

Vorlage 16/2166

Der Ausschuss kommt nach kontroverser Verfahrensdebatte überein, die abschließende Beratung zusammen mit dem federführenden AGS am Mittwoch, dem 24. September 2014 zu führen.

4 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen

18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

In Verbindung mit:

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6636

Und:

Kommunalscharfe Abrechnung des BuT - Sachstandsbericht

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2208

Der Antrag der CDU Drucksache 16/5445 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6636 pflichtig zu beteiligen.

Der sich ebenfalls mit dem oben genannten Thema befas-
sende Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/4158
„Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerech-
tigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepa-
kets sorgen“ wird erneut geschoben.

**5 Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsanpas-
sungsgesetzes 2013/2014 Nordrhein-Westfalen 21**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6688

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der
Anhörung am 21. Oktober 2014 pflichtig zu beteiligen und die
abschließende Beratung am 24. Oktober 2014 durchzuführen.

**6 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-
Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushalts-
jahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 - GFG 2015) 22**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6502

In Verbindung mit:

**7 Steuererhöhungsspirale der Kommunalsteuern beenden - fiktive He-
besätze im kommunalen Finanzausgleich langfristig absenken!**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6684

Und:

**8 Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung abdämpfen - Demo-
grafieansatz im GFG stärken**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6685

Sowie:

10 Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe und Unwetterfonds partnerschaftlich zwischen Land und Kommunen umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6632

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/6743

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zum GFG 2015 am 24. Oktober 2014 durchzuführen. Die Beratung über die Beschlussempfehlungen zu den Punkten 7 bis 8 und 10 bleibt bis zur abschließenden Beratung über das GFG zurückgestellt.

9 "Schwarze Kasse" des Innenministeriums zur Bewältigung des kommunalen Problems der Krankheitskosten für Asylbewerber nutzen

24

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6686

Die CDU-Fraktion beantragt eine Anhörung zu dem Tagesordnungspunkt. In der Runde der PGs soll geklärt werden, ob der AKo sich ersatzweise mit diesem Thema an der durch den Innenausschuss geplanten Hinzuziehung von Sachverständigen beteiligen kann.

11 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW)

25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6637

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschusses für Kultur und Medien am 20. Oktober pflichtig zu beteiligen.

12 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

In Verbindung mit:

Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6679

Und:

Steigende Flüchtlingszahlen - Bleiben Forderungen nach stärkerer Unterstützung der Kommunen ungehört?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2207

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Sitzung des federführenden Innenausschuss am 23. Oktober 2014 unter dem TOP zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung nachrichtlich zu beteiligen.

An der geplanten Anhörung im Integrationsausschuss zum FDP-Antrag will sich der Ausschuss ebenfalls nachrichtlich beteiligen.

13 Planungssicherheit für die Kommunen schaffen - Wann legt die Landesregierung die Modellrechnung zu den "Inklusionszuweisungen" vor? 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2201

Mit wenigen Nachfragen nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

14.1 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes 35

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6088

**14.2 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justiz-
gesetzes NRW und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften 35**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6089

14.3 Geplante Auslandsreise des Ausschusses in 2015 35

* * *

4 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

In Verbindung mit:

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6636

Und:

Kommunalscharfe Abrechnung des BuT - Sachstandsbericht

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2208

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, das Plenum habe den Antrag am 9. April 2014 zur Federführung an den AKo überwiesen. Die abschließende Beratung sei bei der letztmaligen Befassung auf heute verschoben worden.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe zwischenzeitlich signalisiert, sich mit dem Antrag nicht weiter zu beschäftigen, und auf ein Votum verzichtet.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung liege in der Federführung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der sich damit am 24. September 2014 erstmals damit befassen wolle. Zudem sei ein Bericht der Landesregierung - *siehe auch Anlage zu TOP 4* - in dem Zusammenhang in den letzten Tagen eingegangen.

Mario Krüger (GRÜNE) geht zunächst auf den CDU-Antrag ein, der im Wesentlichen die Aufforderung an die Landesregierung beinhalte, tätig zu werden und sich im Sinne einer Gleichbehandlung beim Thema „Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft“ einzusetzen. Ihn erstaune die Initiative der CDU, die doch wissen müsste, dass das bereits Gegenstand diverse Gespräche sei zwischen Landesregierung zum einen und der Bundesregierung zum anderen sei, nämlich innerhalb der Verhandlungen zu dem Thema, wie sich die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Länder gestalten. Insofern sei dem Anliegen der CDU in dem Zusammenhang

schon längst Rechnung getragen. Inwieweit erfolgreich eine entsprechende Regelung hergestellt werden könne, sei abzuwarten. Das werde auch davon abhängen, wie sich andere Akteure verhielten.

Zum Thema „Kommunalscharfe Abrechnung des BuT“ und dem Gesetzesvorhaben merkt der Redner an, das man es ausdrücklich begrüße, die Abrechnungspraxis zu verändern. Es sei nicht zweckdienlich, wenn Kommunen, die sich in diesem Zusammenhang engagierten, für die Annahme von Leistungen aus dem BuT einsetzten und einen entsprechenden Aufwand hätten, im Nachhinein Nachteile hätten, während diejenigen, die das möglicherweise nur zurückhaltend für das Klientel verwendeten, davon profitierten beziehungsweise an anderer Stelle andere Maßnahmen realisierten.

Insofern sei es gut, wenn in Abhängigkeit zum jeweiligen Aufwand eine entsprechende Abrechnung erfolge. Das gehe sicherlich zulasten einiger Kommunen, auch zulasten seiner Heimatstadt mit minus 500.000 € bezogen auf die Ergebnisse 2013. Er könne das aber auch nur als Anforderung verstehen, in der Richtung stärker tätig zu werden. Da gebe es sicherlich Handlungsbedarf, und man sei auch nicht gut beraten, wenn man aufgrund einer zurückhaltenden Herangehensweise eine Situation auslöste, bei der der Anteil der insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel vom Bund absenkt werde.

Ralf Nettelstroth (CDU) geht zunächst auf den Antrag seiner Fraktion ein und bittet dafür um Zustimmung. 65 Millionen € seien eine Menge Geld. Im Plenum sei die Diskussion geführt worden sei nach dem Motto, das sei ein Geben und Nehmen, was ja sein möge, aber dann müsste man mal eine Gesamtbilanz vorlegen, ob denn Nordrhein-Westfalen davon profitiere. Es mache schon Sinn, dass man bei den einzelnen Maßnahmen hier zu einer gerechten und nachvollziehbaren und damit auch transparenten Regelung komme. Deshalb begrüßte es seine Fraktion, wenn der Ausschuss hierzu klare Aussagen und ein möglichst einhelliges Votum der Zustimmung treffe.

Kai Abruszat (FDP) stimmt für seine Fraktion dem Antrag der CDU zu und hofft, dass die Kollegen der CDU bei Herrn Schäuble das auch durchsetzen könnten.

Ina Scharrenbach (CDU) geht noch einmal auf die kommunalscharfe Abrechnung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets ein. Die CDU-Fraktion habe schon im vergangenen Jahr einen Antrag vorgelegt, der genau darauf abgezielt habe, die Verteilung der Landesmittel von pauschal auf tatsächliche Ausgaben umzustellen. Bemerkenswert sei, dass der Antrag der CDU-Fraktion immer wieder vertagt worden sei mit dem Hinweis, man hole ein Gutachten ein. Das Gutachten datiere aber vom 14. März 2014 und sei dem Ausschuss erst dann vorgelegt worden, als die CDU das nun beantragt habe.

Man freue sich, dass SPD und Grüne das Anliegen der CDU-Fraktion aufgegriffen und schnellstmöglichst über die Landesregierung dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hätten.

LMR Stefan Kulozik (MAIS) führt zum Gutachten aus, dass man das Gutachten sehr sorgfältig anhand mehrerer Berechnungsmodelle ausgewertet habe. Dieses Verfahren habe so lange gedauert, bis das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet worden sei. Im Gesetzentwurf werde auf das Gutachten entsprechend eingegangen. Es sei nicht die Absicht gewesen, irgendetwas vorzuenthalten, sondern das Gutachten gemeinsam mit dem Gesetzentwurf in den Ausschüsse und in den Gremien zu behandeln.

Der Antrag der CDU Drucksache 16/5445 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6636 pflichtig zu beteiligen.

Der sich ebenfalls mit dem oben genannten Thema befassende Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/4158 „Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerechtigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets sorgen“ wird erneut geschoben.

Anlage zu TOP 4

